

Berliner Kompass



Infoblatt des Bundestagsabgeordneten
Hans-Werner Kammer

Wahlkreis Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund

Ausgabe 17/2010

17. Dezember 2010



Wasser- und Schifffahrtsverwaltung Perspektive bieten

Kammer spricht im Plenum des Bundestages

Der Bundestagsabgeordnete für Friesland-Wilhelmshaven-Wittmund, Hans-Werner Kammer, sprach am späten Donnerstagabend im Bundestag zur Zukunft der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Zur Debatte stand der Antrag der SPD „Zukunftsfähigkeit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sichern“. „Das ist ein Thema, dessen Bedeutung in der Tat nicht unterschätzt werden darf“, so Kammer. Der Titel war jedoch das einzige was die Zustimmung des Abgeordneten fand: „Die SPD tut das, was sie am besten kann: Sie geht auf Distanz zu sich selbst, verleugnet die Reformen der Regierung Schröder, ignoriert die Zukunft und lebt mit Begeisterung in der Vergangenheit.“

Der Haushaltsausschuss hatte unlängst das Bundesverkehrsministerium aufgefordert, einen Bericht über den Umbau der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) vorzulegen. Der Wille zur Reform wurde schon im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP verankert. Nun drängen die Koalitionsfraktionen das Ministerium, Vorschläge zu unterbreiten, wie die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes für die Zukunft aufgestellt werden soll. Der Antrag der SPD sah im Wesentlichen eine Umkehr der schon vor Jahren begonnen Maßnahmen vor. Für Kammer ist klar: „Das,

was andere besser können, soll die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung an andere vergeben. Die Kernkompetenzen dieser Verwaltung werden wir nicht antasten. Privatisierung darf nicht zu einem Kompetenzverlust des Staates führen.“

Ausdrücklich lobte Kammer die Mitarbeiter der WSV: „Meine Besuche vor allem im Wasser- und Schifffahrtsamt in meiner Heimatstadt Wilhelmshaven haben mir gezeigt, dass hier hochmotivierte Menschen hart arbeiten. Sie sind der Zukunft zugewandt und offen für neue Aufgaben.“





Neuigkeiten aus Berlin

Wir werden auch 2011 unseren Kurs halten

Fraktion kann mit Genugtuung auf das alte Jahr zurückblicken

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kann auf ein insgesamt erfolgreiches Jahr zurückblicken. Wir haben dazu beitragen können, dass Deutschland im Aufschwung ist – eine Entwicklung, wie sie kaum einer erwartet hat. Besonders seit der Sommerpause hat die christlich-liberale Koalition unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel wichtige Entscheidungen getroffen, die unser Land auch in den nächsten Jahren voranbringen werden.

Die Neugestaltung der Sicherungsverwahrung, die Verabschiedung des Energiekonzepts und die Bundeswehrreform – alle diese Vorhaben tragen die Handschrift der Fraktion. Wichtig war auch, dass wir weiter die Lehren aus der Finanzkrise gezogen haben. So konnten wir durchsetzen, dass in den Banken mit Staatsbeteiligung vorerst keine Boni mehr ausbezahlt werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion war auch dank ihres guten Zusammenhalts ein stabiler Anker in der Koalition.

Die Lage auf den Finanzmärkten wird auch im kommenden Jahr eines der beherrschenden Themen sein. Für die Stabilität des Euro müssen alle Regierungen in Europa umdenken. Allen Staaten sollte klar ge-

worden sein, dass nur eine solide Haushalts- und Wirtschaftspolitik letztlich zum Erfolg führt. Der Druck in diese Richtung muss erhöht werden. Es kann nicht darum gehen, die eigenen Schulden den anderen vor die Füße zu kippen. Eines aber ist klar: Der Euro ist unsere Währung. Wir stehen zu ihr.

2011 wird mit seinen sieben Landtagswahlen ein sogenanntes Superwahljahr werden. Die christlich-liberale Koalition wird deshalb von ihrem eingeschlagenen Kurs nicht abrücken, notwendige Reformen zu verabschieden. Dazu müssen wir bereit sein, auch schwierige Wege zu gehen. Sich nur beliebt machen zu wollen – darin ergehen sich vor allem die Grünen. Sie wollen eine Erhöhung der Sozialausgaben und bekennen sich gleichzeitig zur Einhaltung der Schuldenbremse. Sie fordern eine Energiewende hin zu den erneuerbaren Energien, sie blockieren aber gleichzeitig den Ausbau der Stromtrassen. Einen ähnlichen Kurs fährt auch die SPD. Damit hilft man aber den Bürgern nicht.

Wir werden unseren Weg auch 2011 weiterverfolgen und uns mutig bemühen, die Zukunftschancen für unser Land weiter zu vergrößern. Maßstab bleibt das christliche Menschenbild.

Zahl der Woche

Deutsche Ausfuhren im Oktober 2010: +19,8% zum Vorjahr. Im Oktober 2010 wurden von Deutschland Waren im Wert von rund 86,8 Mrd. € aus- und Waren im Wert von rund 72,6 Mrd. € eingeführt. Damit stiegen die Ausfuhren im Vergleich zum Oktober 2009 um 19,8%, die Einfuhren um 21%. Der Saldo der Außenhandelsbilanz betrug im Oktober 2010 14,2 Mrd. € (2009: 12,5 Mrd.), die Leistungsbilanz schloss mit einem Überschuss von 11,7 Mrd. € ab (2009: 9,7 Mrd. €). In die EU-Mitgliedstaaten wurden im Oktober 2010 Waren im Wert von 52,9 Mrd. € (+14,9%) versandt und Waren im Wert von 47 Mrd. € importiert (+18,3%), in die Länder der Eurozone Waren im Wert von 35,4 Mrd. € exportiert (+12,7%) und Waren im Wert von 32,7 Mrd. € (+17%) aus diesen Ländern eingeführt. Die Exporte in Drittländer nahmen gegenüber Oktober 2009 um 28,4% und die Importe von dort um 26,4% zu.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Afghanistan sichern

Debatte zum Fortschrittsbericht der Bundesregierung

Die ersten deutschen Soldaten sollen Afghanistan innerhalb des nächsten Jahres verlassen. Dies erklärte Außenminister Guido Westerwelle (FDP) am Donnerstag in seiner Regierungserklärung zum Fortschrittsbericht der Bundesregierung. Westerwelle versprach: „Heute bin ich zuversichtlich genug, um zu sagen: Ende 2011 werden wir unser Bundeswehkontingent in Afghanistan erstmals reduzieren können.“

Derzeit ist die Bundeswehr mit 4.600 Soldaten am Hindukusch im Einsatz. Es ist vorgesehen, bis 2014 die Verantwortung für die Sicherheit komplett an die afghanische Polizei und Armee zu übergeben. Auch danach werden voraussichtlich noch deutsche Soldaten im Land sein, allerdings nicht mehr in Kampfeinsätze geschickt werden.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder, lobte den Fortschrittsbericht. Er sei sehr differenziert: Neben Erfolgen würden darin auch die Aufgaben geschildert, die bis zur Übergabe der Verantwortung noch bewältigt werden müssten. Kauder erinnerte an den Ausgangspunkt des Einsatzes, den Kampf gegen

den internationalen Terrorismus. „Wir wollen ein Afghanistan, das nicht Aufmarschbasis für den internationalen Terrorismus ist“, sagte er. Wunsch, Aufgabe und Ziel sei es, dass das Land in eine wesentlich sichere Situation kommen müsse als zu Beginn des Einsatzes. Für Deutschland und die internationale Staatengemeinschaft dürfe keine Gefahr mehr von diesem Land ausgehen. Die Bundeswehr unterstütze die Regierung von Präsident Hamid Karsai in ihrem Ziel, dass bald die afghanischen Sicherheitskräfte die Verantwortung übernehmen könnten. Damit verbunden sei, dass die Bundeswehr Soldaten abziehen könne, die dort nicht mehr benötigt werden.

Scharf kritisierte Kauder den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, der sich in einer „ordinären Weise“ über den Truppenbesuch der Frau von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg geäußert habe. Stephanie zu Guttenberg hatte ihren Mann Anfang der Woche nach Afghanistan begleitet. „Das ist unter jedem Niveau, was da aus ihren Reihen gemacht worden ist“, sagte Kauder in Richtung der SPD-Opposition.



„Europa gelingt nur gemeinsam“

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Europäische Union eindringlich aufgefordert, sich als Verantwortungsgemeinschaft zu verstehen. „Europa gelingt gemeinsam, Europa gelingt nur gemeinsam“, betonte Merkel in ihrer Regierungserklärung am Mittwoch. Die Regierungserklärung gab sie im Hinblick auf den EU-Gipfel, der am Donnerstag und Freitag in Brüssel stattfand.



Die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Länder wollten sich auf langfristige Konsequenzen aus der Finanzkrise einigen. Die EU-Staaten streben dafür eine begrenzte Änderung des Reformvertrages von Lissabon an. Ein dauerhafter Krisenmechanismus für die Euro-

Zone soll ab 2013 den sogenannten Euro-Rettungsschirm ablösen. Die Vertragsänderung solle in den Mitgliedsstaaten spätestens bis Ende 2012 abgeschlossen werden, erläuterte die Bundeskanzlerin.

Die Europäische Union habe die Euro-Krise bislang gut gemeistert, stellte die Kanzlerin fest: „Der Euro hat sich als krisenfest bewährt.“ Deutschland profitiere ganz besonders von der Gemeinschaftswährung.

Eine Inanspruchnahme des ständigen Rettungsfonds werde an „strikte Auflagen“ geknüpft, sagte Merkel weiter. Hilfen sollen nur nach einem einstimmigen Beschluss gewährt werden. Die Bundeskanzlerin lehnte die Einführung von Euro-Bonds erneut ab, die der luxemburgische Regierungschef Jean-Claude Juncker, befürwortet. Gemeinsame Euro-Anleihen seien keine Lösung für die Probleme der Euro-Zone, sagte die Kanzlerin. Nötig seien hingegen eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und eine Verbesserung der Haushaltslage in den einzelnen Ländern.

„Die grandiose Friedens- und Freiheitsidee der europäischen Einigung“ sei der eigentliche Grund des Handelns. „Dieser Einigungsidee fühle ich mich ganz persönlich verpflichtet“, sagte Merkel.

Besuch im vorweihnachtlichen Berlin

Fünzig Besucherinnen und Besucher nahmen im Dezember die Möglichkeit wahr, das politische Geschehen und auch die Weihnachtsmärkte unserer Hauptstadt zu erkunden. Hans-Werner Kammer ließ es sich nicht nehmen, extra nach Berlin zu reisen, um die Gruppe zu begrüßen und mit ihr zu diskutieren. Der Ausbau der Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven war für viele der Gäste ein besonders wichtiges Thema. Hier konnte der Abgeordnete über seine Arbeit für den Wahlkreis Friesland-Wilhelmshaven beispielhaft berichten. Anschließend traf man sich zum Abendessen bei dem auch bei Fraktionschef Volker Kauder beliebten Italiener „Cinque“. Die Berlinfahrer erlebten außerdem die

Berliner Außenstelle des Bundesministeriums der Verteidigung, die Ausstellung über die mexikanische Surrealistin Frida Kahlo und die Gedenkstätte „Berliner Mauer“.





Diese Woche im Parlament

Mit unserem Antrag **60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Aussöhnung vollenden**, der in dieser Woche in 1. Lesung beraten wurde, setzt die Koalition anlässlich des 60. Jubiläumjahres der Charta ein Zeichen der Solidarität mit den Heimatvertriebenen. Die Bundesregierung fordern wir auf, sich der aktuellen Probleme der Sicherung von Zeitzeugenberichten und Archivalien anzunehmen sowie die akademische Förderung der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa auf eine neue Basis zu stellen.

Mit dem **Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes**, das in dieser Woche verabschiedet wurde, wollen wir die Wirkung der Energie- und Stromsteuer verbessern sowie die bestehenden Vorschriften an das sich ständig ändernde Marktumfeld für Energieerzeugnisse anpassen. Dabei dürfen wir die klimapolitischen Ziele der Bundesregierung nicht aus den Augen verlieren. Außerdem gilt es, Beeinträchtigungen des Wettbewerbs in der Landwirtschaft durch die unterschiedliche Besteuerung von Agrardiesel in der EU abzumildern. Aus diesem Grund werden wir den mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2005 eingeführten und zwischenzeitlich ausgesetzten Selbstbehalt von 350 Euro und die Obergrenze von 10.000 Liter je Betrieb endgültig streichen. Dies entlastet die Forst- und Landwirtschaft dauerhaft um 260 Mio. Euro.

Abschließend beraten hat der Bundestag das **Gesetz zu dem Übereinkommen des Europarates vom 16. Mai 2005 zur Verhütung des Terrorismus**, das der Ratifizierung dieses Übereinkommens dient. Von den Vertragsparteien werden wirksame Maßnahmen verlangt, um die Begehung terroristischer Straftaten zu verhindern. Zum Zweck der Terrorismusvorbeugung fordert das Übereinkommen zudem eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien.

In dieser Woche stellte der **Wehrbeauftragte** seinen **Jahresbericht 2009** vor. Dieser spiegelt die wichtigsten Probleme, Beschwerden und offenen Fragen wider, die dem Wehrbeauftragten als Eingaben von den Soldaten zugeleitet werden und gewährt einen Einblick in das Innenleben der deutschen Streitkräfte.

Mit dem Bericht des Innenausschusses zum **Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2010** haben wir eine Bilanz der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung seit der Wiedervereinigung gezogen. Der Bericht zeigt die Erfolgsgeschichte der letzten zwanzig Jahre, stellt aber auch die noch vor uns liegenden Herausforderungen dar, die auf dem Weg hin zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Ost und West zu bewältigen sind.

Nach 2. und 3. Lesung haben wir in dieser Woche das **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates** beschlossen. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, soll so eine Stärkung des Entbürokratisierungsgremiums sowie eine Ausweitung seiner Kompetenzen erfolgen. Dazu werden Größe und Zusammensetzung dieses Gremiums vor dem Hintergrund seines erweiterten Mandats angepasst.

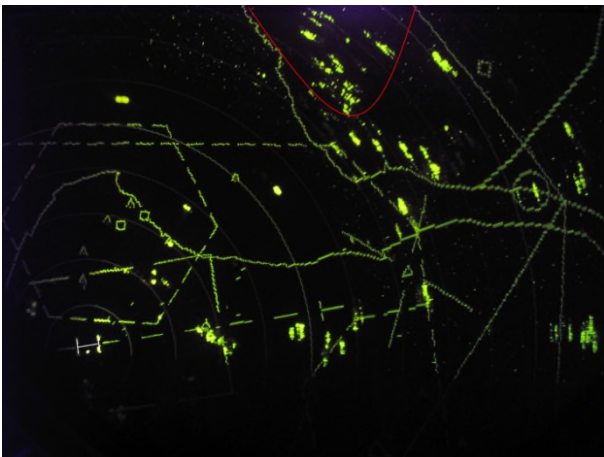
Mit dem in 2. und 3. Lesung verabschiedeten **Zweiten Flächenerwerbsänderungsgesetz** werden die Erwerbsmöglichkeiten für Alteigentümer verbessert, die der Enteignung in der sowjetischen Besatzungszone zum Opfer fielen. Voraussetzung ist ihr Anspruch auf einen begünstigten Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen, entsprechend dem ursprünglichen Wiedergutmachungsgedanken der Regelung. Die Änderung bewirkt, dass Verzögerungen bei der Bescheidung der Ausgleichsleistung sich nicht mehr negativ auf den Umfang der Erwerbsmöglichkeiten auswirken.



Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund

Windkraft und Flugsicherheit in Einklang bringen

Bau und Betrieb von Windkraftanlagen stellen für Niedersachsen einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor dar. Deutschlandweit sind derzeit ca. 22.000 Windkraftanlagen installiert. Das Energiekonzept der Bundesregierung sieht einen massiven Ausbau dieser regenerativen Energieerzeugung vor. Problemlos ist die Installation von Windkraftanlagen nicht. Manche Anlagen werden nicht genehmigt, da die Bundeswehr die Flugsicherheit beeinträchtigt sieht, denn Windkraftanlagen beeinflussen die Radarbilder und erschweren so die Überwachung und Lenkung des Flugverkehrs.



Radarbilder der Flugsicherung können durch Windkraftanlagen gestört werden

Der Bundestagsabgeordnete für Friesland-Wilhelmshaven-Wittmund, Hans-Werner Kammer, besprach daher in dieser Woche mit Oberst Hans-Ludwig Rau in Berlin die Lösungsansätze der Luftwaffe. Oberst Rau leitet im Luftwaffenamt die Abteilung Flugbetrieb. Derzeit baut er ein neues Dezernat auf, welches die Genehmigung von Windkraftanlagen vereinfachen soll.

„Laut Luftverkehrsgesetz dürfen Anlagen nicht errichtet werden, wenn die Flugsicherung gestört wird.“

Die zivile und militärische Flugsicherheit hat Vorrang“, machte Oberst Rau deutlich. Dennoch ist das Verteidigungsministerium kompromissbereit: „Wir wollen dem Ausbau der Windenergie nicht im Wege stehen, solange uns sichere Flugkorridore zur Verfügung stehen.“ Die „Schmerzgrenze“ für die Luftwaffe liegt bei ca. fünf Kilometern im Umkreis um Flughafen und Radaranlagen. „Innerhalb dieses Radius ist eine Genehmigung unwahrscheinlich. In einem Umkreis zwischen 5 und 35 Kilometern prüfen wir jeden Einzelfall. Meistens lässt sich hier eine Lösung finden.“

Die Bundeswehr ist auch sehr daran interessiert, die Empfindlichkeit der Luftraumüberwachung zu verringern. In den nächsten Jahren werden neue digitale Radaranlagen installiert. Außerdem erarbeitet das Verteidigungsministerium gerade das bundesweit erste Kataster von Windkraftanlagen. „Nur wenn uns alle Windkraftanlagen bekannt sind, können wir einen sicheren Flugbetrieb gewährleisten“, so Oberst Rau.

Hans-Werner Kammer zeigte sich erfreut darüber, dass das Verteidigungsministerium dem Thema Windkraft und Radar derart große Bedeutung beimisst: „Wir müssen vor Ort Kompromisse finden, die den Ausbau der Windenergie ohne Abstriche an der Sicherheit ermöglichen. Das Ministerium ist dialogbereit.“



Einsatz für die Mehrgenerationenhäuser in Wilhelmshaven und Esens erfolgreich

Nach intensiven Gesprächen zwischen dem Familienministerium und den Koalitionsfraktionen zur Zukunft der Mehrgenerationenhäuser ist es nun gelungen, ein Folgeprogramm zu etablieren. Die hervorragende Arbeit der Mehrgenerationenhäuser in Wilhelmshaven und Esens kann damit fortgesetzt werden.

Das neue Programm wird im Jahre 2011 ausgeschrieben, startet zum 1.1.2012 und wird für drei Jahre bezuschusst. Um die Häuser dauerhaft in die lokale Infrastruktur zu integrieren, sollen die Kommunen eine stärkere Rolle als bisher übernehmen. Bund und Länder werden gemeinsam mit den Kommunen nach Wegen suchen, wie dieses Ziel umgesetzt werden kann.

Inhaltliche Schwerpunkte des Folgeprogramms sind unter anderem: Die Etablierung von Unterstützungsangeboten für Demenzzranke und ihre Familien, integrationsfördernde Angebote oder auch die Vernetzung von Einrichtungen und Initiativen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements.

Hans-Werner Kammer, Bundestagsabgeordneter für Friesland-Wilhelmshaven, begrüßte die Entscheidung: „Die jetzt anstehende Ausschreibung eines Folgepro-

gramms ist auch eine Anerkennung der Leistung der engagierten und größtenteils ehrenamtlichen Arbeit in den Mehrgenerationenhäusern, die für viele Helferinnen und Helfer sowie für Besucherinnen und Besucher ein völlig neues nachbarschaftliches Miteinander geschaffen haben. Davon konnte ich mich vor Ort schon oft überzeugen.“



Besuch der CDU Wilhelmshaven zusammen mit Hans-Werner Kammer im Mehrgenerationenhaus Wilhelmshaven am 9. Dezember 2010

Kammer besucht Bundeswehrdienstleistungszentrum Wilhelmshaven

Vor dem Hintergrund der anstehenden Bundeswehrreform besprach sich Hans-Werner Kammer mit dem Leiter des Bundeswehrdienstleistungszentrums (BWDIZ) Wilhelmshaven, Hans-Peter Harder. Sie sind sich einig: „Als wichtiger Ansprechpartner und Dienstleister der Streitkräfte vor Ort muss das BWDIZ erhalten bleiben!“ Das Bundeswehrdienstleistungszentrum in Wilhelmshaven beschäftigt derzeit ca. 350 Mitarbeiter





Besuch der Aufführung von „Hilfe, die Herdmanns kommen“ im Autohaus Schmidt und Koch am 9. Dezember 2010



Am 10. Dezember besuchte Hans-Werner Kammer die Weihnachtsfeier der CDU Wilhelmshaven Süd in der Gaststätte „Zur Korvette“.

Der Bundestag geht in die Weihnachtspause!

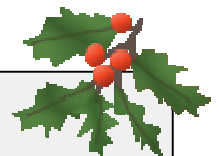
Auswahl der Wahlkreistermine:

- 20. Dezember 2010: Gespräch beim *Jeverschen Wochenblatt*
- 20. Dezember 2010: Besuch von Wiki, der Kinderhilfe Wilhelmshaven
- 21. Dezember 2010: Besuch der Straßenmeisterei Wittmund
- 21. Dezember 2010: Gespräch bei der *Wilhelmshavener Zeitung*
- 22. Dezember 2010: Besuch des Polizeikommissariats Jever
- 23. Dezember 2010: Besichtigung des Marinestützpunkts Wilhelmshaven
- 24. Dezember 2010: Weihnachtsgottesdienst auf dem Einsatzgruppenversorger „Berlin“



Zusammen mit meinen Mitarbeitern in Berlin und Jever wünsche ich Ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Jahr 2011!

Ihr



Impressum

V. i. S. d. P.

Hans-Werner Kammer, MdB

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-77 199

Fax: 030 / 227-76 199

hans-werner.kammer@bundestag.de

Redaktion: Peter Ittenbach